

Antrag 6/I/2026**AfA Tempelhof-Schöneberg****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Mieterhöhungen stoppen und damit Arbeitnehmer*innen entlasten**

1 Berlin ist eine Mieter*innen- und Arbeitneh-
2 mer*innenstadt. Um die Stadt für Mieter*in-
3 nen und damit für Arbeitnehmer*innen be-
4 zahlbar zu erhalten, fordert der Landespar-
5 teitag einen Mietenstopp in Berlin. Die Mit-
6 glieder der SPD-Fraktion im Abgeordneten-
7 haus und im Berliner Senat werden aufge-
8 fordert, sich dafür einzusetzen, dass Berlin
9 alle rechtlichen Mittel, z.B. Bundesratsinitia-
10 tiven, ergreift, um dieses Ziel zu erreichen!
11 Dabei müssen insbesondere die Vorschriften
12 des BGB in den §§ 549 ff so angepasst wer-
13 den, dass Mieterhöhungen nur noch bei Maß-
14 nahmen zulässig sind, die den Gebrauchs-
15 wert der Mietsache nachweislich nachhaltig
16 erhöhen. Neuvermietungen begründen kei-
17 nen Anspruch auf Mieterhöhungen. Staffe-
18 mietverträge und Verträge mit Indexmieten
19 sollen zukünftig nicht mehr erlaubt sein. Mie-
20 ter*innen mit Zeitmietverträgen müssen den
21 vollen Mieterschutz genießen. Untervermie-
22 tungen dürfen für eine Wohnung die Ge-
23 samtsumme der Miete der Wohnung nicht
24 überschreiten. Für die Vermietung von mö-
25 blierten Wohnungen darf der Zuschlag nicht
26 mehr als 5 Prozent der monatlichen Netto-
27 kaltmiete betragen.

28
29 Für die Überprüfung der Mietpreise sind dau-
30 erhafte Mietpreisstellen mit festem Personal
31 in den Berliner Bezirksämtern oder auf Lan-
32 deseebene einzurichten. Die entsprechenden
33 Haushaltsmittel sind im Landeshaushalt ein-
34 zuplanen.

35

Begründung

36 Die Mietpreise in Berlin sind in den letzten
37 Jahren stark gestiegen, dass es für viele Men-
38 schen, insbesondere für Arbeitnehmer*innen
39 und einkommensschwache Haushalte, nahe-
40 zu unmöglich ist, eine neue bezahlbare Woh-
41 nung zu finden. Auch die Bestandsmieten
42

43 steigen überproportional. Hier muss die SPD
44 im Sinne der Mieter*innen und Arbeitneh-
45 mer*innen handeln.

46

47 Laut Wohnraumbedarfsbericht 2025 der Se-
48 natsverwaltung für Stadtentwicklung, Bau-
49 en und Wohnen lag die mittlere Angebots-
50 miete in Berlin 2023 bei 13,99 Euro pro Qua-
51 dratmeter – im Vergleich zu 2022 ist das ei-
52 ne Steigerung von über 20 Prozent. Dies führt
53 dazu, dass viele Arbeitnehmer*innenhaus-
54 halte bereits fast 30 Prozent ihres Einkom-
55 mens nur für Miete ausgeben müssen. Ten-
56 denz steigend. Menschen mit geringem Ein-
57 kommen sind noch härter betroffen. Für sie
58 gibt es kaum noch Wohnungen auf dem Woh-
59 nungsmarkt, die sie sich leisten können.

60

61 Mit einem Mietenstopp und der Änderung
62 der Mietvorschriften würde der ungezüg-
63 elten Mietpreisspirale ein „Stoppschild“ entge-
64 gengestellt werden.